

Die Entstehung der Industriegesellschaft: sozioökonomischer Wandel im 19. Jahrhundert

Die gegenwärtige Sozialstruktur lässt sich besser verstehen, wenn man weiß, wie sie entstanden ist. Wichtige Grundlagen der modernen Gesellschaft bildeten sich bereits im 19. Jahrhundert heraus. Daher möchte ich die Darstellung der deutschen Sozialstruktur mit einem historischen Abriss über wichtige Entwicklungslinien des sozioökonomischen Wandels im 19. Jahrhundert beginnen.

Der französische Sozialreformer und Soziologe *Henri de Saint-Simon* (1760–1825) charakterisierte zu Beginn des 19. Jahrhunderts die damals herausziehende Gesellschaft der Zukunft als „**Industriegesellschaft**“. Auch heute noch wird die Gesellschaft der Bundesrepublik, wie auch andere Gesellschaften in einem ähnlichen Entwicklungsstadium, gern als „moderne Industriegesellschaft“ bezeichnet (Aron 1962; Galbraith 1968; Fürstenberg 1978, 167)¹ – ein Hinweis darauf, dass wichtige Elemente der Sozialstruktur, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts entfalteten, weiterhin von grundlegender Bedeutung sind. Als namengebendes, wesentliches Merkmal der neuen Gesellschaftsform betrachtete *Saint-Simon* die industrielle Produktionsweise: Technisches Wissen wird methodisch-systematisch auf die Güterproduktion angewendet und erhöht dadurch in hohem Maß deren Präzision und Effizienz. Der Begriff „Industriegesellschaft“ bringt zum Ausdruck, dass Veränderungen in der Produktionsweise – auf der Basis von technologischen Veränderungen – den Kern des sozialen Wandels ausmachen und dass der technisch-ökonomische Wandel auch auf andere Bereiche der Gesellschaft ausstrahlt und weitere soziale, kulturelle und politische Veränderungen nach sich zieht.

Die Umwälzungen, die sich mit dem Vorgang der Industrialisierung verbanden, wurden von dem britischen Historiker *Arnold Toynbee* gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Etikett „**industrielle Revolution**“ versehen. Auch dieser Begriff setzte sich schnell durch und wird heute noch gern verwendet (Borchardt 1972). Er soll deutlich machen,

¹ Vgl. auch Bellebaum 1978, 22 ff.; Ballerstedt/Glatzer 1979, 103; Erd/Jaccobi/Schumm 1986; Feist u. a. 1989; Schröder u. a. 1989; Bundeszentrale für politische Bildung 1990; Schmidt 2001.

dass sich die technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die mit dem Vordringen der industriellen Produktionsweise verkoppelt waren, mit einer besonders hohen Geschwindigkeit und Radikalität vollzogen.

Ich werde in diesem Kapitel die folgenden Entwicklungslinien bei der Entstehung der Industriegesellschaft grob skizzieren: die Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich; die Umschichtungsprozesse im Sozialgefüge; das Bevölkerungswachstum, die zunehmende Mobilisierung der Menschen und die Verstädterung sowie schließlich den Strukturwandel des Bildungswesens und der Familie. Wenn dabei der Prozess der Industrialisierung stärker ins Zentrum gerückt wird, so bedeutet das nicht, dass die komplexen historischen Vorgänge sozusagen monokausal auf die Veränderungen der Produktionsweise und der Produktionsverhältnisse zurückgeführt werden sollen. Der sozioökonomische Wandel im 19. Jahrhundert beruht auf einem komplexen Wirkungszusammenhang vielfältiger Ursachen. Die Industrialisierung bildet jedoch so etwas wie einen Knotenpunkt in dem vielschichtigen Wirkungsgefüge, von dem direkt oder indirekt verursachende oder zumindest beschleunigende Impulse auf die Veränderungen in allen angesprochenen Sektoren ausgehen.

2.1 Ökonomischer Wandel: Industrialisierung und die Entstehung des Industriekapitalismus

Vorformen der industriellen Produktionsweise existierten bereits im europäischen Mittelalter. Im dezentralen **Verlagssystem** wurden Waren im Auftrag eines Unternehmers („Verlegers“) in Heimarbeit hergestellt. In der **Manufaktur**, der Vorläuferin der Fabrik, arbeiteten Handwerker aus verschiedenen Berufen arbeitsteilig als Lohnarbeiter in einem Großbetrieb zusammen. Bei den Vorformen fehlt jedoch ein Element, das die industrielle Produktionskraft enorm steigerte und dann der Industrie im 19. Jahrhundert zum Durchbruch verhalf: der Einsatz der Maschine, der Schlüsseltechnologie der Industrialisierung.

Die „eigentliche“ **Industrieproduktion** zeichnet sich durch die fünf folgenden Merkmale aus:

1. Die Technik wird systematisch zur Gütererzeugung eingesetzt: **Maschinen und Maschinensysteme** ersetzen die Produktion mit der Hand und mit einfachen Handwerkszeugen.
2. Wissenschaftliche **Forschung und Produktion verzahnen sich**. In fortgeschrittenen Branchen breitet sich z. B. die wissenschaftliche Erfassung und Gliederung von Arbeitsabläufen nach den Prinzipien des auf *Frederick Winslow Taylor* (1856–1915) zurückgehenden *Taylorismus* aus.
3. Die maschinelle Produktionsweise und ihre Rationalisierung steigern einerseits die Produktivität und ermöglichen **Groß- und Massenproduktion**. Andererseits begründen sie qualitativ neue, hochgradig artifizielle Muster von **Arbeits- und Zeitdisziplin**.

4. Produziert wird nicht in kleinen Gruppen wie in der Familie oder in Kleinbetrieben, sondern in **Großgruppen bzw. Großbetrieben (Fabriken)**.
5. Dadurch wird ein **höherer Grad an Arbeitsteilung** möglich.

Die Betriebe werden nach dem **unternehmerischen Rationalitätsprinzip** „mehr für weniger“ geführt. Das heißt aber auch: Es setzt die **Bürokratisierung** und Verwissenschaftlichung der kaufmännischen und verwaltenden Tätigkeiten ein.

Industrialisierung meint also den Übergang zur maschinen-orientierten Produktion von Massengütern in arbeitsteiligen Großbetrieben mit einer wachsenden Gruppe von Büroangestellten unter Anwendung des unternehmerischen Rationalitätsprinzips.

Die Industrialisierung vollzog sich in Deutschland auf der Basis vorwiegend kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Die neue Industriegesellschaft wird daher mit Recht auch **„Industriekapitalismus“** genannt. *Karl Marx* (1818–1883) hat die besonderen Merkmale und Mechanismen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bereits im 19. Jahrhundert in der „Kritik der politischen Ökonomie“ (1859) und im „Kapital“ (ab 1867) in wichtigen Punkten treffend analysiert. Wenn man den Marx'schen Begriffen ihre kritisch-polemische Spitze nimmt, lassen sich die wesentlichen Charakteristika des Kapitalismus in den vier folgenden Punkten zusammenfassen:

1. **Privateigentum an Produktionsmitteln:** Eine kleine Klasse von Kapitalbesitzern verfügt privat über die Produktionsmittel und gerät dadurch zur großen Klasse der lohnabhängigen Arbeiter in einen grundsätzlichen Interessengegensatz, der die sozialen und politischen Konfliktlinien zunehmend bestimmt.
2. **Erzeugung von Mehrwert:** Stark vereinfacht besagt das Konzept des Mehrwerts, dass die Arbeiter mehr Werte schaffen, als ihnen in Form der Löhne rückerstattet wird („Ausbeutung“ der Arbeiter). Der andere Teil der Wertmenge, für den die Arbeiter keinen Gegenwert in Form von Lohn erhalten – der „Mehrwert“ –, geht in die Verfügungsgewalt der Kapitalbesitzer über, die ihn zum Teil in ihr Unternehmen reinvestieren und dadurch ihr Kapital ständig vermehren („Akkumulation“ des Kapitals).
3. **Gewinnstreben** („Profitmaximierung“) ist der vorherrschende Antrieb der Wirtschaftsordnung.
4. Die **Marktkonkurrenz** ist die zentrale Steuerungsinstanz der Produktion.

Eine wichtige Voraussetzung für die industrielle Revolution war die **technische Revolution:** Die neue Technologie revolutionierte zusammen mit den neuen Technologien der Chemie und der Elektrizität die Produktionsstruktur (*Popitz* 1995, 13 ff.). Der russisch-amerikanische Kulturosoziologe *Pitirim A. Sorokin* (1889–1968) konnte zeigen, dass im 18. und 19. Jahrhundert sechsmal mehr Erfindungen wirksam geworden waren als in den vorangehenden 1.700 Jahren abendländischer Geschichte (*Strzelewicz* 1988, 4). Der Mensch hatte „die Methode der Erfindung erfunden“, wie es der Philosoph *Whitehead* formulierte. Mit neuen Formen der Energienutzung und neuen Maschinen und Apparaten schuf er neue Produktivkräfte von ungeheurer Dynamik. Natürliche Energien wurden künstlich bearbeitet und in neuen Formen – als Dampf, Elektrizität, Treibstoff –

genutzt. Sie standen in fast unbegrenzten Mengen zur Verfügung und waren transportabel, sodass die bisherigen Bindungen der Industrieproduktion an bestimmte Standorte und Jahreszeiten gelockert wurden oder ganz verschwanden.

Von den neu erfundenen Apparaten und Maschinen sei hier beispielhaft die Dampfmaschine erwähnt, mit der *James Watt* im Jahr 1769 die Umsetzung der chemischen Energie der Kohle in mechanische Energie ermöglichte. Sie fand schnell Verwendung im Bergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, in den Spinn- und Webmaschinen der Textilindustrie und im Transport- und Verkehrswesen (Lokomotiven, Dampfschiffe). Weitere Erfindungen wie Kokshochöfen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dann neue kostensparende Verfahren der Stahlerzeugung, der Verbrennungsmotor und später die Nutzung der Elektrizität steigerten sprunghaft Tempo, Leistungsfähigkeit und Präzision der Industrieproduktion, des Transport- und Verkehrswesen und der Kommunikation (Telefon, Telegraph, Rundfunk).²

Die Entwicklung neuer Techniken und Energien, der Einsatz von immer mehr Kapital, die massenhafte Nutzung bisher wenig verwendeter Rohstoffe wie Kohle und Eisen und die Erschließung neuer Märkte bildeten einen sich gegenseitig verstärkenden Wirkungszusammenhang, der den wirtschaftlichen und sozialen Wandel immer mehr beschleunigte.

Wegen der politisch-territorialen Zersplitterung und wegen der großen Entfernung von den maritimen Handelswegen setzte der **Industrialisierungsprozess in Deutschland später** ein als in England oder Frankreich. Das Fabrikwesen entwickelte sich in der ersten Hälfte des Jahrhunderts nur sehr langsam. In der preußischen Statistik galten im Jahr 1849 nur 5,4 % der Beschäftigten als Fabrikarbeiter (*Borchardt* 1972, 58). Die preußische Industrie des Jahres 1861 war eine Industrie von Kleinbetrieben, die im Durchschnitt je nach Branche 17 bis 21 Personen beschäftigten. Großunternehmen mit mehr als tausend Angehörigen waren eindrucksvolle, aber seltene Ausnahmen (*Rürup* 1984, 72). Ein kräftiger Industrialisierungsschub erfolgte dann im Kaiserreich, wo sich das industriekapitalistische System endgültig durchsetzte und etablierte. Ungeachtet aller konjunkturellen Wachstums Krisen (1891/94, 1900/01, 1907/08) (*Ullmann* 1995, 96) holte Deutschland den Entwicklungsvorsprung der westlichen Nachbarn auf und wurde hinter den USA und Großbritannien eine der führenden industriellen Weltmächte.

Versucht man, die wirtschaftliche Dynamik in Zahlen zu fassen, so bieten sich dazu die Wachstumsziffern des eingesetzten Kapitals, des Sozialprodukts, der Industrieproduktion und des Eisenbahnbaus an. Der **Kapitalbestand** stieg von 1850 bis 1913 um das Fünffache an. Etwa im gleichen Umfang wuchs auch das **Sozialprodukt**, das die Gesamtmenge der wirtschaftlich erzeugten Leistungen wiedergibt. Eine wichtige Ursache des Wachstums, welches erhebliche regionale Unterschiede aufwies, war die gestiegene Arbeitsproduktivität, ausgelöst durch technischen Fortschritt, verbesserte Arbeitsorganisation und bessere Ausbildung. Die zweite wichtige Ursache bestand im erhöhten Ein-

² Eine Übersicht über Entdeckungen und Erfindungen bei *Lahner/Ulrich* 1969; vgl. auch *Henning* 1989, 114–119.

satz von Kapital und in einem höheren Arbeitsvolumen. Da die wachsende Bevölkerung die Zahl der Arbeitskräfte vermehrte, lag die Zuwachsrate pro Kopf der Bevölkerung niedriger: Das Pro-Kopf-Nettoinlandsprodukt stieg von 1850 bis 1913 nur um das 2,7fache (Borchardt 1972, 67; Pohl 1979, 16 f.).

Am stärksten schnellte die **industrielle Produktion** in die Höhe. Sie verfünffachte sich zwischen 1870 und 1913, wobei die zunächst führenden Montan- und Konsumgüterindustrien (Textil, Bekleidung, Leder) von der Metall- und Chemieindustrie sowie der Elektrotechnik überholt wurden (Pohl 1979, 27; Strzelewicz 1988, 10; Ullmann 1995, 99).

Eine treibende Kraft bei der industriellen Revolution war der Ausbau der **Eisenbahn**, die auch völlig neue Muster der Erfahrung von Raum und Zeit begründete. Nach dem Start der ersten Züge im Jahr 1835 auf der Strecke Nürnberg-Fürth wurde das Schienennetz in Atem beraubenden Tempo erweitert. Nach 5.900 km Länge im Jahr 1850, 18.900 km im Jahr 1870 und 34.000 km im Jahr 1880 erreichte es mit 63.000 km im Jahr 1910 seine größte Ausdehnung im Reichsgebiet (Rürup 1984, 75; Henning 1989, 159 ff., 240 ff.). Auf die industrielle Dynamik gingen vom Eisenbahnbau mehrfache Impulse aus: Seine hohe Nachfrage nach Eisenprodukten stimulierte den Bergbau und die Eisenindustrie; gleichzeitig erhöhte er durch die Verkürzung der Transportkosten und -zeiten die Mobilität der Massengüter und ermöglichte die Bildung industrieller Ballungszentren.

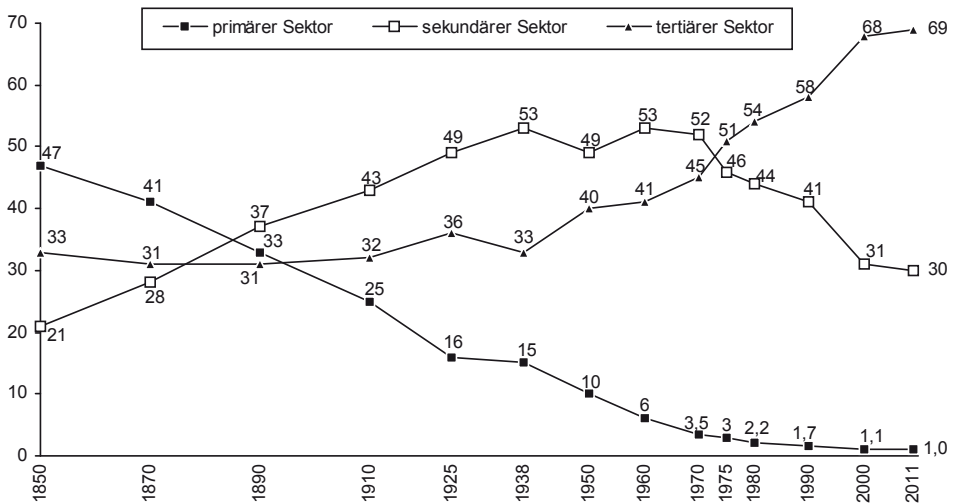
Für die Entwicklung einer Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft gibt es zwei aussagekräftige ökonomische Indikatoren: die Anteile verschiedener Produktionssektoren an der **Wertschöpfung** und an den **Beschäftigten**. Begriffliche Grundlage ist die Einteilung der Wirtschaft nach Colin Clark (1940) bzw. Jean Fourastié (1949) in den primären (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Industrie, Handwerk, Bergbau) und tertiären (Dienstleistungen) Sektor. Bei der Interpretation der folgenden Zahlen ist zu beachten, dass der sekundäre Sektor nicht nur die moderne Industrie umfasst, sondern auch das traditionelle Handwerk sowie die Reste der Manufakturen und „Heimindustrien“.

Im Zuge des allgemeinen Wirtschaftswachstums seit 1850 wuchs das **Sozialprodukt** in allen drei Sektoren – allerdings jeweils in unterschiedlichem Tempo: am langsamsten im agrarischen Bereich, am schnellsten in der industriellen und handwerklichen Güterproduktion (Abb. 2.1). Kurz vor 1890 hatte das produzierende Gewerbe bereits die landwirtschaftliche Produktion überholt (Pohl 1979, 22). Auch Heimindustrie und Hausgewerbe verloren an Boden.

Die absolute Zahl der **Beschäftigten** stieg ebenfalls in allen drei Sektoren an. 1871 arbeiteten zwei Millionen Menschen mehr in der Landwirtschaft als 1800. Dennoch verlagerte sich der Schwerpunkt auch hier allmählich zum sekundären und industriellen Bereich (Abb. 2.2). Zu Beginn des Jahrhunderts waren noch ca. 80 % der deutschen Bevölkerung teilweise und knapp Zweidrittel überwiegend in der Landwirtschaft tätig (Pohl 1979, 13), 1871 waren es nur noch knapp die Hälfte, zu Beginn dieses Jahrhunderts nur noch etwa ein Drittel. Auch wenn die Landwirtschaft in den 1880er Jahren ihr ökonomisches Primat unwiderruflich verloren hat, bildete sie weiterhin einen erheblichen volkswirtschaftlichen Wachstumsfaktor. Durch die Modernisierung ihrer Produktionsmetho-

den – durch rationellere Bodennutzung, Anbaumethoden und Viehzucht – steigerte sie ihre Erträge zwischen 1876 und 1914 um 73 % (Wehler 1995, 1266). Im Unterschied zur Landwirtschaft ist der Anteil der Beschäftigten in der handwerklichen und vor allem in der industriellen Güterproduktion dagegen kontinuierlich angestiegen – von einem Fünftel zu Beginn des Jahrhunderts auf ein Viertel um die Jahrhundertmitte und dann auf über 40 % im Jahr 1907.

Abb. 2.1 Wertschöpfung¹ nach Wirtschaftssektoren 1850–2011 (Deutsches Reich und Bundesrepublik²)



1 Gesamtsumme der wirtschaftlichen Leistungen (Güter, Dienste). Die Statistiker fassen sie in verschiedenen, leicht voneinander abweichenden Messziffern zusammen. Die Zahlen der Abbildungen beziehen sich auf das „Nettosozialprodukt“ des Deutschen Reiches und die „bereinigte Bruttowertschöpfung“ der Bundesrepublik.

2 1950–1990 alte Länder; danach Gesamtdeutschland.

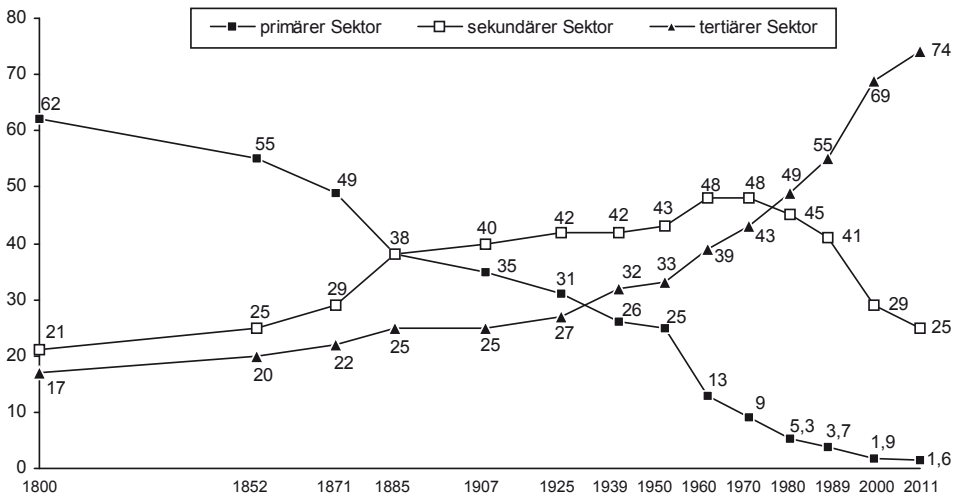
Quellen: berechnet nach Kocka/Ritter 1978–82, I 101 ff., II 88 ff., III 82; StatJb 1962, 553, 567; 1985, 39; 1990, 30; WiSta 1991, 19; IDW 2012, 25 (2000, 2011).

Zu Beginn der neunziger Jahre hatte der sekundäre Bereich die Landwirtschaft zahlenmäßig überholt. Unter den Beschäftigten in Industrie und Handwerk wiederum wurden die Lohnarbeiter immer dominierender. Ihr Anteil stieg von 64 % im Jahr 1882 auf 75 % im Jahr 1907 (Conze 1976a, 616).

Insgesamt wächst die Gruppe derjenigen, die auf den Markt angewiesen sind, weil sie sich nicht oder nicht mehr allein aus eigener Erzeugung ernähren konnten, stark an. Mit der Industrialisierung veränderten sich die Ernährungsgewohnheiten und das Verbraucherverhalten – vor dem Hintergrund wachsender Kaufkraft und eines größer und vielfäl-

tiger werdenden Warenangebots. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war also der Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft im wirtschaftlichen Bereich vollzogen. Die industrielle Produktion dominierte die Wertschöpfung und das Beschäftigungssystem.

Abb. 2.2 Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren 1800–2011 (Deutsches Reich und Bundesrepublik¹)



1 1950–1989 alte Länder, nach 1989 Gesamtdeutschland

Quellen: zusammengestellt und teilweise berechnet nach *Kocka/Ritter* 1978–82, I 52 f., II 66 ff., III 54.; *StatJb* 1962, 142; 1976, 149; 1990, 20; 2012, 349 (2000, 2011).

In der Phase der Hochindustrialisierung, die Deutschland ihr erstes „Wirtschaftswunder“ (*Hans-Ulrich Wehler*) bescherte, bildeten sich im Industriesystem Strukturen heraus, die der sozialistische Theoretiker *Rudolf Hilferding* (1877–1941) als „**organisierten Kapitalismus**“ bezeichnete. Dieser Begriff ist nicht unumstritten, er benennt jedoch drei wichtige Entwicklungstendenzen: **Konzentration**, **Kartellierung** und **Verbandsbildung**. Die von *Karl Marx* vorhergesagte Konzentration und Zentralisation des Kapitals wurde teilweise historische Wirklichkeit. **Großbetriebe und Kapitalgesellschaften**, die häufig die Rechtsform von **Aktiengesellschaften** hatten (vgl. *Pross* 1965, 45 ff.) – von den 100 größten Industrieunternehmen waren ungefähr vierfünftel Aktiengesellschaften (*Ullmann* 1995, 100) – breiteten sich aus. Sie konnten billiger produzieren und besser investieren, wissenschaftliche Forschungen und technologischen Neuerungen schneller verwerten und waren daher in der Marktkonkurrenz überlegen. Von 1882 bis 1907 stieg die Zahl der Industriebetriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten um das Vierfache auf 478; in ihnen arbeiteten 8 % der Erwerbstätigen des sekundären Sektors (*Jaeger* 1988, 109). Ihre strukturelle Bedeutung lässt sich aus diesen vergleichsweise niedrigen Quanti-

täten nicht ablesen. Diese liegt vielmehr in ihrer Beteiligung an der **Kartellbildung**, die mit Hilfe der Großbanken seit den 1890er Jahren insbesondere im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Kaliindustrie und in der chemischen Industrie um sich griff. Die wirtschaftliche Strategie der Kartelle zielte auf Marktbeherrschung durch Preis- und Absatzregulierung. Unternehmenskonzentration und Kartellierung deuteten darauf hin, dass die liberale Konkurrenzwirtschaft von Einzelbetrieben zum Teil durch ein oligopolistisches System von Konzernen mit großer Marktmacht überlagert wurde.

Etwa gleichzeitig formierten sich die wirtschaftlichen Interessengruppen in **Wirtschaftsverbänden** – z. B. im „Bund der Industriellen“ (1895), die Großagrarier im „Bund der Landwirte“ (1893) – und **Gewerkschaften**, um auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Damit hatten sich bis zur Jahrhundertwende ein komplexes System der Interessenabstimmung und die Grundstrukturen des modernen Verbändestaates herausgebildet.

2.2 Umschichtungen: die Entstehung der Klassengesellschaft

Die Umschichtungen in der Sozialstruktur des 19. Jahrhunderts wurden von Zeitgenossen wie *Lorenz von Stein* (1815–1890) oder *Karl Marx* (1818–1883) als die allmähliche Umwandlung der Ständegesellschaft in die Klassengesellschaft beschrieben. Diese Diagnose wurde in ihren Grundzügen von späteren Soziologen, wie z. B. von *Max Weber* (1864–1920), und Sozialhistorikern bestätigt.

Soziale Ungleichheiten änderten ihre Form: aus Ständen wurden Klassen. Stände sind relativ scharf umrissene, durch Tradition, Sitte und Recht festgelegte soziale Gruppierungen. Die durch Geburt – oder auch seltener durch Verdienst – erworbene Standeszugehörigkeit ist mit bestimmten Verpflichtungen, Privilegien oder Benachteiligungen verbunden, die die gesamte Lebensführung umgreifen. Von ihr hängen Ansehen und „Ehre“ ab; sie verpflichtet zu bestimmten Berufen und regelt die berufliche Tätigkeit; sie schreibt einen „standesgemäßen“ Lebensstil, die Formen der Geselligkeit und die Erziehung der Kinder vor; sie greift in die Wahl des Ehepartners und in das religiöse Leben ein und bestimmt die politischen Rechte.

Die ständische Grobgliederung der deutschen Gesellschaft im 18. Jahrhundert entsprach den allgemeinen Strukturen des europäischen Feudalismus: Sie unterschied die vier Hauptstände **Adel**, **Geistlichkeit**, **Bürger** und **Bauern** und darunter die sozial schlechter gestellten „**unterbäuerlichen**“ bzw. „**unterbürgerlichen**“ **Schichten** der Armen, Nichtsesshaften und Juden. Innerhalb der Hauptstände gab es vielfach abgestufte Differenzierungen, zwischen ihnen Überlappungen.

Diese ständische Ordnung, die bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgelockert war, wurde im Verlauf des Jahrhunderts immer weiter zurückgedrängt. Die ständischen Korporationen, die nahezu die gesamte Lebenswelt ihrer Mitglieder regelten, verloren an Gewicht. In den Städten wurden die Privilegien der Zünfte und Gilden gebrochen und

schließlich aufgehoben; auf dem Lande verschwanden nach und nach die feudalen Abhängigkeiten in Grund- und Gutsherrschaften. Im Zuge der Verstädterung und Mobilisierung der Bevölkerung und im Zuge der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der Industrie und auf dem Lande verlor die grundlegende Unterscheidung von städtisch-bürgerlicher und ländlich-bäuerlicher Bevölkerung an Bedeutung. Räumliche und soziale Bindungen wurden abgebaut, statt dessen wurden die Menschen stärker den Kräften des Wirtschaftslebens und des Marktgeschehens ausgesetzt.

Diese Tendenzen waren die Grundlage der Entstehung von **Klassen**, die die überkommenen ständischen Strukturen zunehmend dominierten, ohne sie indes ganz zu verdrängen. Die Zugehörigkeit zu Klassen und die Stellung einer Klasse in der Sozialstruktur sind in erster Linie von ökonomischen Faktoren abhängig: von der Stellung im Produktionsprozess, von Besitz und Einkommen. Die vorrangig ökonomisch bestimmte Klassenlage beeinflusst entscheidend die Lebenschancen der Menschen.

Wie sehen die **groben Entwicklungslinien der neuen Klassengesellschaft** aus? An der Spitze der Gesellschaft etablierte sich neben dem grundbesitzenden **Adel**, der sein hohes Prestige in der wilhelminischen Gesellschaft behauptete, das kapitalbesitzende **Großbürgertum** als zweite Führungsschicht. Auch in die Mitte der Gesellschaft kam Bewegung. In der oberen Mitte rangierten die kleinen Gruppen des akademischen **Bildungsbürgertums**, zu dem auch mit wenigen Ausnahmen die Geistlichen gezählt wurden, und des wohlhabenden **Besitzbürgertums**. In der unteren Mitte gerieten die „alten Mittelstände“ der Handwerker, Händler und Bauern in ökonomische und soziale Bedrängnis und wurden teilweise proletarisiert. Der Aufschwung von Handel und Verkehr sowie die Unternehmenskonzentration hatten zur Folge, dass neben den „alten Mittelständen“ ein „**neuer Mittelstand**“ von Angestellten entstand. Zum neuen Mittelstand gehören aber auch die kleinen und mittleren Beamten, die mit der Zunahme der Staats-tätigkeit, der Schriftlichkeit (Post) und der Ausdehnung der Verkehrsbetriebe überproportional wuchsen. 1907 umfasste die gesamte Beamtenschaft 1,2 bis 1,6 Millionen Personen (*Nipperdey* 1990, 380). In den vielgestaltig zersplitterten verarmten **Unterschichten**, die die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, stieg die in sich differenzierte **Industriearbeiterschaft** zur dominierenden Klasse auf.

Im Folgenden soll die Herausbildung der Klassengesellschaft noch etwas genauer nachgezeichnet werden.

An der Spitze der Gesellschaftshierarchie büßte die kleine Gruppe des **Adels** – ihr Anteil an der Bevölkerung um 1800 wird auf 1 % geschätzt – zwar ihre rechtlichen Privilegien ein; faktisch konnte der Adel jedoch seine Führungsrolle in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Militär nahezu unangetastet bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches behaupten. Macht und Ansehen des Adels ruhten weiterhin in erster Linie auf Grundbesitz. Dem Industriekapitalismus öffnete sich der Adel insofern, als er seine Güter zunehmend kapitalistisch mit lohnabhängigen Landarbeitern bewirtschaftete und sich zum Teil auch – wie z. B. in Oberschlesien – in Industrie und Bergbau engagierte.

Aus dem Bürgertum spaltete sich die kleine Klasse der Großindustriellen und Großbankiers ab. Sie gelangte im Zuge der Industrialisierung zu großer wirtschaftlicher und

auch politischer Machtfülle und etablierte sich neben dem Adel – auf dem Lande auch zum Teil mit dem Adel zur neuen bürgerlich-adligen Gutsbesitzerklasse vermischt – als zweite Führungsschicht der Industriegesellschaft. *Marx* nannte sie polemisch „Kapitalisten“ oder „Bourgeoisie“, die meisten Soziologen und Sozialhistoriker bezeichnen sie als **Großbürgertum**. Wirtschaftlich können die Großbürger zu den bewegenden Kräften gezählt werden, sozial und politisch dagegen zu den beharrenden. Da ihr erstes Anliegen die konsequente Durchsetzung der Industrialisierung und der kapitalistischen Produktionsweise war, kann man sie in dieser Hinsicht auch als „Modernisierungsklasse“ ansehen. Andererseits übernahmen etliche von ihnen als soziale und politische Aufsteiger einige Elemente vom Lebensstil des etablierten Adels. So sonderten sie sich räumlich ab und bauten Villen im feudalen Palaststil oder übernahmen alte Herrensitze. Sie gründeten Familientraditionen und Fideikomnisse³ und legten Wert auf Nobilitierung und Ratstitel. Für ihre Söhne strebten sie „adlige“ Verwaltungs- und Offizierskarrieren an und suchten durch Heiratsverbindungen die verwandtschaftliche Verschmelzung mit dem Adel. Symptome dieser „Feudalisierung“ tauchten insbesondere im industriellen Großbürgertum auf, die reiche Kaufmannschaft der Handelszentren dagegen hielt mehr an bürgerlich-städtischen Traditionen fest. Insgesamt verschmolzen die Großbürger in ihrer Mentalität nicht mit dem Adel und übernahmen auch nicht dessen Lebensweise (*Ullmann* 1995, 108 f.). Politisch verband den Adel und das Großbürgertum jedoch ein wichtiges gemeinsames Interesse: die Abwehr der Ansprüche der neuen Unterschichten. Seine historische Rolle im sozialen und politischen Bereich war daher konservativ. Kennzeichnend für die bürgerliche Oberklasse war ihr Streben nach Staatsnähe bis hin zur devoten Staatsuntertänigkeit.

Der ständische Begriff des Bürgers wurde durch die Umschichtungen im 19. Jahrhundert zunehmend unscharf und in unterschiedlicher Weise verwendet (vgl. *Ritter/Kocka* 1974, 288 f., 322 ff.). In der „Mitte“ der Gesellschaft, zwischen Adel/Großbürgertum und Unterschichten, lassen sich noch vier weitere „bürgerliche“ Gruppen mit einer enormen Ausstrahlungskraft auf die Gesamtgesellschaft, sinnvoll unterscheiden: Bildungsbürgertum und Wirtschaftsbürgertum, die zusammen höchstens 6 % der 65 Millionen Reichsdeutschen ausmachten, sowie Mittel- und Kleinbürgertum, die ungefähr 10 bis 15 % der Bevölkerung umfassten (*Wehler* 1995, 1269).

Die kleine Schicht des **Bildungsbürgertums** verfügte über eine akademische Ausbildung, sie nahm zahlenmäßig gegen Ende des Jahrhunderts im Zuge der Hochschul-expansion (siehe S. 36) etwas zu. Seinen Kern bildeten die höheren Beamten, weitere wichtige Gruppen waren die Geistlichen und die freien Berufe (Anwälte, Ärzte, Apotheker), später auch Manager, Ingenieure und Naturwissenschaftler. Das Bildungsbürgertum war der Träger liberaler Ideen; es stellte die Honoratioren in den Städten, erreichte aber nicht die Macht und das Ansehen des Großbürgertums; überdies öffnete es sich für kleinbürgerliche Aufsteiger und verbreiterte seine soziale Basis.

³ Rechtliche Vermögensform zur Erhaltung eines Familiengutes; z. B. Unteilbarkeit, bestimmte Erbfolge.



<http://www.springer.com/978-3-531-18629-0>

Die Sozialstruktur Deutschlands

Geißler, R.

2014, XVIII, 560 S. 99 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-18629-0